



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Hans Bösenberg
Oberst a.D.

Oberländer Hafen 11, 15.12.2015
28199 Bremen
Tel.: 0421-69899793
Mobil: 0172-8013632
E-Mail: hans.boesenberg@t-online.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum „Gesprächskreis Sicherheitspolitik“ lade ich Sie herzlich ein:



Hans-Joachim von Wachter

Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz Bremen

*„Der sogenannte Islamische Staat und seine Verbindungen
zur salafistischen Bewegung in Deutschland und Bremen“*

Mittwoch, 13. Januar 2016, 19:00 Uhr

Haus Schütting, Zimmer 1, Am Markt 13, 28195 Bremen

Mit freundlichen Grüßen

Frühzeitige Anmeldung erbeten

Der Referent

Hans-Joachim von Wachter, Jahrgang 1965, ist Volljurist. Seit dem 01. Januar 2008 leitet er das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz und gehört seit 2012 dem Führungsstab des Senators für Inneres in Verfassungsschutzangelegenheiten an. Seit Januar 2014 ist er zugleich Abteilungsleiter 4 „Verfassungsschutz“ beim Senator für Inneres. 2012 war er ganzjährig Vorsitzender des Arbeitskreises IV „Verfassungsschutz“ der „Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“.

Das Aufgabenspektrum des Landesamts für Verfassungsschutz wird auf dessen Homepage umrissen: „Verfassungsschutz versteht sich als eine Art ‚Frühwarnsystem‘ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland. Seine Aufgabe ist es, verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beobachten und die politisch Verantwortlichen, die zuständigen Stellen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über Entwicklungen und drohende Gefahren zu unterrichten.

Der Bund und die 16 Länder unterhalten jeweils eigene Verfassungsschutzbehörden, wie es dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Sie arbeiten eng zusammen. Die größte und mit verschiedenen Zentralfunktionen ausgestattete Behörde ist das Bundesamt für Verfassungsschutz mit Sitz in Köln.

Die Arbeitsfelder umfassen die Bereiche Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus, Ausländerextremismus sowie die Spionageabwehr, den Geheim- und den Wirtschaftsschutz.“

Das Thema

Die Islamismus-Debatte schlägt einen weiten Bogen von Themen globaler geostrategischer Relevanz bis zu lokaler (Bremer) Betroffenheit. Im Hintergrund sind ethische, politische und militärische Problembereiche von grundsätzlicher Bedeutung berührt, die hier nur angedeutet werden können: Internationale Verantwortung („Responsibility to protect“); Handlungsfähigkeit von Institutionen unter globalen Risiken (Internationale Organisationen, Bündnisse, Nationen); Krieg im 21. Jahrhundert (Nationenkriege, ‚Neue Kriege‘, Terrorabwehr); Abwägung Sicherheit versus Freiheit (Überwachung, Datenschutz); Zukunftsfähigkeit von Gesellschaftssystemen (Demokratie, Autoritarismus, universelle Menschenrechte).

Das Attentat von Paris, von einigen Kommentatoren als das 9/11 Europas klassifiziert, hat in seiner Dramatik die terroristische Bedrohung in das öffentliche Interesse katapultiert. Zwei vernetzte Themenkomplexe stehen im Fokus: Erstens der sogenannte IS und der Syrien-Krieg, zweitens die Abwehr des terroristischen Extremismus im Inland.

Der ‚Islamische Staat‘, im klassischen staatsrechtlichen Sinn selbstverständlich nicht als solcher qualifiziert, etabliert sich im Mittleren Osten und - seit kurzem mit terroristischen Aktivitäten auch geografisch unbegrenzt - mit einer Grausamkeit und Radikalität, die nur wenige historische Vorläufer kennt. Nach dem Pariser Terroranschlag wird in der Formierung einer Abwehrfront vielfach der Begriff vom ‚War on terror‘ wiederbelebt. Vom „Weltkrieg“ spricht Berthold Kohler im Leitartikel der ‚Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung‘ vom 15.11.2015, Alexander Kissler schreibt auf der ‚Cicero‘-Website am 14.11.2015 „Der Krieg ist da. Wer ihn nicht annimmt, hat ihn schon verloren“ und Richard Herzinger titelt in ‚Die WELT‘ vom 16.11.2015 „Wir sind dazu verdammt, diesen Krieg zu gewinnen“. Wohltuend schlicht rüstet Georg Mascolo in der ‚Süddeutschen Zeitung‘ am 03.12.2015 verbal ab: „Der Kampf gegen den Terror ist kein Krieg. (...) Gegen Kriminelle aber kann man keinen Krieg führen, zudem wünscht sich der IS nichts sehnlicher, als dass der Westen ihn so nennt.“ Die historische Dimension des Konflikts beschwören weitere Kommentare herauf: „Amerika und Russland agieren mit eigenen Soldaten und Kriegswaffen auf engstem Raum. (...) In diesem Einsatz steckt das Potential für das bisher Undenkbare: den Dritten Weltkrieg“ (Arno Luik in ‚Der Stern‘ vom 12.12.2015); „Syria in 2016 will be like the Balkans in 1914“ (Patrick Cockburn in ‚The Independent‘ vom 13.12.2015).

Die generelle Klassifizierung der Terrorbekämpfung als ‚Krieg‘ ist nicht nur völkerrechtlich fragwürdig, sie rückt auch den Stellenwert der kriminalistisch-polizeilichen Konfliktbearbeitung aus dem Blickfeld und räumt dem IS einen Quasi-Kombattantenstatus ein. Für den Schauplatz Syrien ist die Verwendung des Begriffes ‚Krieg‘ hingegen angemessen, auch wenn die Bundesregierung und ein Teil der Medien derzeit - wie zunächst auch im Falle Afghanistans - seine Anwendung auf das syrische Szenario vermeiden. Ein ursprünglicher Bürgerkrieg hat sich ausgeweitet zu einem internationalen Großkonflikt mit asymmetrischen Komponenten.

Zweifel an der Legitimität und Sinnhaftigkeit der Intervention im Nahen Osten bestimmen eine kontroverse Debatte. Dies betrifft natürlich auch die deutsche Beteiligung nach dem Bundestagsmandat vom 04. Dezember 2015. ‚Der SPIEGEL‘ leitartikelt in seiner Ausgabe vom 05.12.2015: „Der falsche Krieg – Deutschland lässt sich aus schlecht verstandener Solidarität in den Kampf um Syrien hineinziehen. (...) ...noch nie wurde ein Mandat so eilig und hektisch beschlossen, selten war eines völkerrechtlich so fragwürdig, noch nie schien eine Bundesregierung so wenig überzeugt davon, deutsche Soldaten in den Krieg zu schicken. (...) Nun missachtet die Regierung alle Lehren, die man aus der gescheiterten Intervention in Afghanistan gezogen hat.“

Für das Eingreifen der verschiedenen Koalitionäre, vor allem Deutschlands an der Seite Frankreichs, war der unmittelbare Solidaritätsbeweis gegenüber Partnerländern handlungsbestimmend. Dies ist eine respektable Begründung, vor allem innerhalb der EU. Schließlich berief Frankreich sich auf die Beistandsklausel des EU-Vertrages von Lissabon.

Ohne ausreichende politisch-konzeptionelle Unterfütterung läuft der Einsatz jedoch ins Leere. Zahlreiche Kritikpunkte werden laut. Die unübersichtlichen regionalen und globalen geopolitischen Wirkungen sind nicht systematisch eruiert. Die unverzichtbare Einbettung der militärischen Intervention in ein langfristiges strategisches Gesamtkonzept zur ordnungspolitischen Stabilisierung des Mittleren Ostens unter besonderer Berücksichtigung des sunnitisch-schiitischen Grundkonflikts wird vernachlässigt. Die Zielrichtung und ‚exit strategy‘ der Mission sind nicht genügend klar definiert, die Mittel sind unzureichend und die Erfolgsaussichten insgesamt zweifelhaft. Lerneffekte aus den Einsätzen der letzten Jahre, von den Irak-Kriegen bis zur Afghanistan-Mission, sind nicht überzeugend umgesetzt. Eine sicherheitspolitische Debatte hat im Vorfeld nur in Ansätzen stattgefunden.

Allerdings werden auch einige gewichtige Argumente zugunsten der externen militärischen Intervention ins Feld geführt. Es besteht durchaus die Chance, den „IS“ rein militärisch erheblich zu schädigen, ihn zurückzudrängen und damit den Konflikt einzudämmen und zivile Opfer zu verringern; ein Verzicht auf den Einsatz jeglicher militärischer Mittel würde von der Weltöffentlichkeit als ein inakzeptables Zurückweichen vor einer Bedrohung historischen Ausmaßes empfunden; nach verpassten präventiven Handlungsoptionen drängt nunmehr der Zeitfaktor zu schnellen Aktionen. Die Vereinten Nationen haben zudem zwar kein Mandat erteilt, aber mit drei Resolutionen klare Botschaften ausgesandt: Die Anschläge gefährden den Frieden in der Welt, und die Staatengemeinschaft möge alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um den IS zurückzudrängen. Weiterhin laufen parallel politische Verhandlungen unter Einbindung der Regionalmächte in Wien, in Kürze weitergeführt in New York. Ein nachhaltiger Erfolg der durch Saudi-Arabien in Riad geschmiedeten „Allianz gegen den Terror“ aus 34 Staaten dürfte dagegen zweifelhaft sein, da fast ausschließlich sunnitische Kräfte beteiligt sind und deren Instrumentalisierung in der Auseinandersetzung zwischen Saudi-Arabien und Iran um die regionale Dominanz droht.

Nicht auf der internationalen Agenda stehen derzeit grundlegende, umfassende Ansätze zur Neuordnung des Mittleren Ostens. Sönke Neitzel fordert in der FAS vom 13.12.2015 „eine Art von ‚Berliner Kongress‘ für den Nahen Osten“. Der bekannte Nahost-Experte Michael Lüders resümiert am 15.12.2015 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: „Es fehlt das ruhige Überlegen in Berlin, in Brüssel, in Washington, in den westlichen Hauptstädten. Man müsste eigentlich mal sich zurücklehnen, einen Gang zurückschalten, sich gemeinsam mit Russland und dem Iran eine Strategie überlegen. Das geschieht nicht. Wir erleben seit Wochen einen unglaublichen Aktionismus. Die Ereignisse überschlagen sich ja geradezu im Himmel über Syrien und das ist gefährlich, wenn dahinter keine wirkliche Strategie steht, denn die gibt es im Augenblick nicht.“

Zum zweiten Themenfeld, der Terrorabwehr im Rahmen der inneren Sicherheit in Deutschland und in Europa:

Nach jüngsten Angaben des Verfassungsschutzes leben in Deutschland 1100 gewaltbereite Islamisten. 430 von ihnen werden sogar als so gefährlich eingestuft, dass ihnen jederzeit eine schwere Straftat zuzutrauen ist. Aktuell zählen über 8350 Personen zu den Salafisten.

Prävention und Abwehr terroristischer Aktionen bedürfen eines konzeptionellen, europaweit koordinierten Ansatzes und einer engen Vernetzung der Sicherheitsdienste. Auch wenn ein 'WELT'-Artikel vom 06.12.2015 die Überschrift trägt „Deutsche Terrorabwehr beruht vor allem auf Glück“, so zeigen doch zahlreiche Initiativen, dass in Deutschland die Zeichen der Zeit verstanden sind. Das ‚Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)‘ ist als Koordinierungsstelle zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung etabliert. Es beschäftigt sich ausschließlich mit der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Der Verfassungsschutzbericht 2014 des Landes Bremen enthält einen ausführlichen Abschnitt „Islamismus und islamistischer Terror“. Der Salafismus erfährt darin besondere Beachtung als Nährboden für islamistischen Terrorismus. Über die einschlägige Bremer Szene hinaus analysiert der Bericht grundsätzliche ideologische und historische Zusammenhänge, befasst sich auch mit überregionalen Bedrohungen.

Schwerpunktmäßig thematisiert wurde der Handlungsbedarf auf der Konferenz der deutschen Landesinnenminister am 04.12.2015 in Koblenz. Dort wurde auf Bremer Anregung eine nationale Präventionsstrategie zur Bekämpfung der salafistischen Radikalisierung beschlossen. Betont wird die Notwendigkeit des gesamtgesellschaftlichen Ansatzes, des ‚comprehensive approach‘. Es fehlt jedoch derzeit noch an der Umsetzung in eine entsprechende Organisationsstruktur.

Einen weiterführenden Grundsatzgedanken greift Heinrich Wefing in ‚Die ZEIT‘ vom 10.12.2015 auf, die Forderung nach dem ‚starken Staat‘: „Alles spricht dafür, dass wir künftig mehr Polizisten brauchen, mehr Richter, mehr Lehrer, vermutlich auch mehr Soldaten und Spione. Und mehr heißt jeweils: viel mehr. (...) Integration, Innere Sicherheit, Intelligence, also Nachrichtengewinnung durch Geheimdienste – das sind die drei großen Aufgaben des Staates in den kommenden Jahren, und sie können nur gelingen, wenn der Staat über ausreichend Mittel verfügt – und sie auch einsetzt. (...) Vielleicht ist der Nationalstaat doch das funktionalste Gefäß für die Demokratie. (...) Der starke Staat ist ein Staat, der sich nicht erpressen lässt“.